

Antworten von **Demokratie in Europa – DiEM25** auf die Thesen des Wahl-o-mat.

1.) Es sollen EU-weite verbindliche Bürgerentscheide eingeführt werden.

Ja

Die Menschen Europas müssen mehr Mitspracherecht über die Zukunft der EU haben. Daher fordert Demokratie in Europa dass die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gestärkt werden muss. Insbesondere darf die Kommission erfolgreiche EBIs nicht einfach ablehnen.

2.) Die EU soll sich höhere Ziele zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes setzen.

Ja

Europas Emissionsziele müssen eingehalten werden. Demokratie in Europa fordert, die Kosten für den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) zu erhöhen. Um Unternehmen zu ermöglichen, ihre Klimabelastung zu verringern und trotzdem wettbewerbsfähig zu bleiben, sollen CO₂-Strafzölle erhoben werden, die den Preis von Waren aus Drittstaaten erhöhen, die unter Ausstoß von CO₂ produziert werden.

3.) Die EU-Mitgliedsstaaten sollen eine gemeinsame Armee aufbauen.

Ja

Demokratie in Europa befürwortet eine Europäische Armee unter zwei Voraussetzungen. Zum einen darf sie nur zur Verteidigung dienen. Zum anderen muss das Militär, wie in Deutschland, dem gewählten Parlament unterstehen (Parlamentsarmee).

4.) Die Europäische Union soll vorrangig Bio-Landwirtschaft fördern.

Ja

Ökologische Nachhaltigkeit gehört zu den wichtigsten Anliegen von Demokratie in Europa. Bio-Landwirtschaft und naturnahe Permakultur muss großzügig subventioniert werden. Massentierhaltung muss von kleinräumigen nachhaltigen, und tierfreundlichen Betrieben abgelöst werden.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://www.facebook.com/demokratieineuropa)

5.) Deutschland soll an Stelle des Euro wieder eine nationale Währung einführen.

Nein

Demokratie in Europa ist gegen eine Rückkehr zu nationalen Währungen. Bei einem Zerfall der Eurozone würden die im Gegenzug neu eingeführten nationalen Währungen in Südeuropa stark abgewertet werden. Das würde zu einem Rückgang der Kaufkraft und des Wohlstandes in einem bereits angeschlagenen Südeuropa führen. Auch würde die Gefahr einer neuen Schulden- und Bankenkrise drohen, wenn die Defizitländer ihre bestehenden Euro-Schulden mit abgewerteten neuen Währungen nicht bedienen mehr könnten.

6.) Die EU soll private Seenotrettungsinitiativen im Mittelmeer unterstützen.

Ja

Menschen vor dem Ertrinken zu retten ist eine Rechtspflicht und ein Gebot der Menschlichkeit. Daher verlangen wir volle Unterstützung für die private Seenotrettung. Außerdem muss ein Europäischer Such- und Rettungsdienst eingerichtet werden, der Menschen aus Seenot rettet und nur dort an Land bringt wo die Menschenrechte der Asylsuchenden garantiert werden, wie es das internationale Seerecht vorschreibt.

7.) Auf den Handel mit Finanzprodukten (z.B. Aktien) soll eine Steuer erhoben werden.

Ja

Eine EU-weite Transaktionssteuer, wie sie bereits vom EU-Parlament vorgeschlagen wurde, ist ein notwendiger Schritt, um schädliche Spekulationen an der Börse zu reduzieren. Mit den Erträgen sollen Ausgaben für das Gemeinwohl finanziert werden.

8.) Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen soll in der EU erlaubt sein.

Nein

Der Anbau genmanipulierter Pflanzen hat nicht zu signifikanten Ertragssteigerungen geführt. Stattdessen mussten mehr und giftigere Pestizide eingesetzt werden - mit ungewollten Nebenwirkungen für die Umwelt. Genmanipulierte Pflanzen im Verbund mit Patenten sorgen auch für eine gefährliche Monopolisierung beim Lebensmittelanbau. Demokratie in Europa fordert stattdessen naturnahe Ökolandwirtschaft und Permakultur und wird diesen Weg unterstützen, erforschen und ausbauen.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)

9.) EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in ein anderes EU-Land ziehen, sollen dort nur eingeschränkt Sozialleistungen erhalten.

Nein

Die Menschen in der EU müssen in allen Mitgliedsstaaten gleiche Sozialleistungen genießen. Sie müssen die Hilfe erhalten, die sie bei Krankheit, Erwerbslosigkeit oder im Alter im jeweiligen Staat benötigen. Sozialleistungen müssen am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts den vollen Bedarf decken.

10.) EU-Bürgerinnen und -Bürger sollen bei der Europawahl ihre Stimme auch für Parteien aus anderen Mitgliedsstaaten abgeben dürfen.

Ja

Eine europäische Demokratie braucht europäische Parteien. Transnationale Listen machen gemeinsame europäische Wahlprogramme sichtbar. Nur so kann es Europawahlen geben, die ihren Namen wirklich verdienen.

11.) Die EU soll mehr Geld für die Entwicklungshilfe bereitstellen.

Ja

Europa nutzt seit langem auf unfaire Weise die Ressourcen anderer Staaten - einschließlich ehemaliger Kolonien. Demokratie in Europa fordert, mehr zurückzugeben. Die Hilfe sollte sich nicht auf Geld beschränken, sondern beispielsweise auch leichteren Zugang zum EU-Markt, Ausbildung und Beratung einschließen. Wenn mit Geld geholfen wird, muss darauf geachtet werden, dass solche Finanzmittel nicht von korrupten lokalen Machteliten abgeschöpft werden.

12.) Die EU-Mitgliedsstaaten sollen weiterhin Daten von Fluggästen speichern müssen.

Nein

Alle Menschen haben das Recht, darüber zu bestimmen, welche ihrer Daten gespeichert werden. Denn einmal gesammelte Daten können leicht missbraucht werden. Demokratie in Europa wird dieses Recht stärken. Die Daten von Fluggästen bilden da keine Ausnahme.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)

13.) Die EU soll sich für die Einführung eines nationalen Mindestlohns in allen Mitgliedsstaaten einsetzen.

Ja

In ganz Europa sollte ein Mindestlohn eingeführt werden, der sich an den Lebenshaltungskosten der Länder orientiert und der automatisch mit der Teuerung angehoben wird. Wirtschaftlicher Wettbewerb muss durch unternehmerisches Geschick stattfinden, nicht durch Lohndumping, das auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen ausgetragen wird.

14.) Die EU soll am Flüchtlingsabkommen mit der Türkei festhalten.

Nein

Demokratie in Europa setzt sich für internationale Zusammenarbeit ein. Allerdings dürfen "Deals" nicht dazu führen, dass die Menschenrechte von Geflüchteten gefährdet werden. Daher muss das EU-Türkei-Abkommen zur Migrationskontrolle beendet werden.

15.) In der EU soll es für Aufsichtsräte von Unternehmen eine verbindliche Frauenquote geben.

Ja

Es gibt immer noch viel zu wenige Frauen in Führungspositionen. Eine Frauenquote in Aufsichtsräten, die die Vorstände von Betrieben beraten und kontrollieren, ist ein erster wichtiger Schritt, um diese Ungleichbehandlung zu beheben.

16.) Deutschland soll aus der Europäischen Union austreten.

Nein

Deutschland muss die europäische Einigung und die Demokratisierung Europas vorantreiben - nicht sich von ihr verabschieden. Im 21. Jahrhundert kann kein Staat den Klimawandel, Fragen der Migration, der Digitalisierung oder des globalen Handels alleine bewältigen. Die Zukunft Europas kann also nur in einer Zusammenarbeit liegen. Dazu kommt, dass Europa durch eine jahrtausendealte gemeinsame Kultur verbunden ist. Daher fordern wir eine starke, soziale, umweltfreundliche und demokratische EU, die nationale und regionale Besonderheiten wertschätzt.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)

17.) In anderen EU-Staaten sollen weiterhin Atomkraftwerke betrieben werden dürfen.

Nein

Europa muss schnellstmöglich auf erneuerbare Energieträger umsteigen und Atomkraftwerke inklusive aller Thoriumreaktoren (Flüssigsalzreaktoren) müssen abgeschaltet werden. Letztere müssen sofort unter Beobachtung der IAEO gestellt werden, um auch die Gewinnung von waffenfähigem Material zu unterbinden.

18.) Die Europäische Union soll Zuwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern fördern.

Ja

Demokratie in Europa setzt sich dafür ein, Menschen in Europa willkommen zu heißen - nicht abzuweisen. Dafür müssen sichere und legale Migrationswege geschaffen werden. Das EU-Blue-Card-System muss erweitert werden. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass es dadurch zu wenige Fachkräfte in den Herkunftsstaaten gibt; beispielsweise durch Hilfe beim Aufbau der Ausbildungssysteme im Herkunftsstaat.

19.) Die EU soll Mitgliedsstaaten finanziell bestrafen, die die Presse- und Medienfreiheit verletzen.

Ja

Eine freie Gesellschaft braucht eine freie Presse. Die Staaten der EU müssen die freie und unabhängige Presse gegen unrechtmäßige Einflussnahme schützen. Angriffe auf Journalist*innen müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Gegen Staaten, die das nicht tun, muss die EU Geldstrafen verhängen dürfen, aber darf sich nicht darauf beschränken.

20.) Die finanziellen Hilfen für wirtschaftlich schwächere Regionen in der EU sollen reduziert werden.

Nein

Demokratie in Europa setzt sich für Solidarität innerhalb der EU ein. Die Union wird auseinanderbrechen, zumindest in ihrem Zusammenhalt geschwächt werden, wenn die Lebensbedingungen für die Bürger*innen zu unterschiedlich werden. In Deutschland gibt es dafür den Länderfinanzausgleich durch den die stärkeren Bundesländer die schwächeren finanziell unterstützen. Wir wollen in einer europäischen Gemeinschaft leben, die Schwächere bei der Lösung ihrer Probleme unterstützt.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://www.facebook.com/demokratieineuropa)

21.) In der medizinischen Forschung sollen Tierversuche weiterhin erlaubt sein.

Neutral

Wir werden den Einsatz von Tieren in Industrie, Forschung und Wissenschaft verstärkt reglementieren und ihren Ersatz durch alternative Technologien wie In-vitro-Fleisch und Biochips fördern.

22.) Die europäische Polizeibehörde Europol soll weitere Kompetenzen erhalten.

Neutral

Demokratie in Europa – DiEM25 hat hierzu noch keine Position entwickelt

23.) Für die Besteuerung von Unternehmen soll es einen EU-weiten Mindestsatz geben.

Ja

Demokratie in Europa will das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie und die Europäische Union zurückgewinnen. Der Kampf gegen - teils kriminelle - Steuerflucht durch Unternehmen ist einer der wichtigsten Schritte hin zu einem gerechten, sozialen Staat. Ein EU-weiter Mindestsatz für Unternehmenssteuern verhindert die Entstehung von Steueroasen, durch die Unternehmen die Staaten und Regionen Europas gegeneinander ausspielen.

24.) Die EU soll sich dafür einsetzen, dass alle Mitgliedsstaaten die gleichgeschlechtliche Ehe einführen.

Ja

Demokratie in Europa fordert ein Ende der Diskriminierung nach Herkunft, Ethnie, Hautfarbe, Sprache, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, sozialer Schicht, Vermögen und sexueller Orientierung. Dazu gehört auch, gleichgeschlechtlichen Paaren in allen Mitgliedsstaaten die Eheschließung zu ermöglichen.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)

25.) Mitgliedsstaaten, die die EU-Regeln zur Begrenzung der Staatsverschuldung verletzen, sollen konsequent bestraft werden.

Neutral

Der Maastricht-Vertrag hat der Verschuldung der Eurozone-Staaten ein strenges Limit gesetzt und bedroht so in einigen Staaten die Sozialsysteme (z.B. die Rente). Demokratie in Europa möchte daher den Eurozone-Staaten die Möglichkeit eröffnen ihre Maastricht-konformen Schulden mit sehr niedrig verzinsten Krediten über die Europäische Zentralbank (EZB) zu refinanzieren. Dies würde die bestehende Schuldenlast erleichtern, allerdings würden die einzelnen Eurozone-Staaten weiterhin für ihre Schulden haften.

26.) In allen Mitgliedsstaaten soll eine Lkw-Maut auf Fernstraßen eingeführt werden.

Ja

Demokratie in Europa fordert eine nachhaltige und gerechte EU. Der Transport von Waren ist derzeit so billig, dass Produkte für einzelne Verarbeitungsschritte mehrfach quer durch Europa transportiert werden. Das schädigt Umwelt und Straßen und bedeutet unfaire Konkurrenz für regionale Produzenten. Wir müssen daher für den Gütertransport endlich die tatsächlichen Kosten berechnen - unter anderem durch eine LKW-Maut.

27.) Die Europäische Union soll sich als christliche Wertegemeinschaft verstehen.

Nein

Demokratie in Europa befürwortet Vielfalt in ethnischer, religiöser und weltanschaulicher Hinsicht. Europa ist entscheidend von solcher Vielfalt geprägt. Das Christentum ist eine wichtige europäische Tradition, aber nicht die einzige. Würde sich die EU ausschließlich zu christlichen Werten bekennen, bedeutete dies eine Herabwürdigung anderer Kulturen und Werte und eine Diskriminierung nicht-religiöser Menschen.

28.) Alle Banken sollen verstaatlicht werden.

Neutral

Demokratie in Europa – DiEM25 hat hierzu noch keine Position entwickelt.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)

29.) Alle Asylsuchenden, die versuchen über das Mittelmeer in die EU zu gelangen, sollen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Nein

Die These ist mehrdeutig. Menschen auf europäischem Territorium haben das Recht, Asyl zu beantragen. Menschen, die auf dem Mittelmeer aufgenommen werden, dürfen nur dort an Land gebracht werden, wo sichergestellt ist, dass ihre Menschenrechte vollumfänglich geschützt werden. Im Moment kommen dafür praktisch nur europäische Häfen in Frage.

30.) Die EU soll ihre Sanktionen gegen Russland abbauen.

Neutral

Demokratie in Europa – DiEM25 hat hierzu noch keine Position entwickelt.

31.) In allen EU-Mitgliedsstaaten sollen Plastikverpackungen besteuert werden.

Ja

Der Plastikmüll muss bekämpft werden. Ein wichtiger Schritt dahin ist die Einführung einer EU-weiten Plastiksteuer. Darüber hinaus fordert Demokratie in Europa eine massive Reduzierung der Abfallexporte und strengere Anforderungen für Mülldeponien. Gleichzeitig muss intensiv an neuen Recyclingkonzepten und biologisch abbaubaren Materialien geforscht werden.

32.) In der EU sollen Initiativen gegen Antisemitismus finanziell unterstützt werden.

Ja

Initiativen gegen Antisemitismus sollten gefördert werden. Demokratie in Europa setzt sich für eine freie, offene Gesellschaft ein. Dazu gehört kulturelle Vielfalt und das friedliche Miteinander. Antisemitismus und alle anderen feindlichen Haltungen gegenüber einer Minderheit führen zu Diskriminierung und gesellschaftlicher Spaltung.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)

33.) Bei außenpolitischen Entscheidungen der EU soll häufiger mit Mehrheit statt einstimmig entschieden werden können.

Ja

Wir brauchen flexiblere und schnellere Entscheidungen in der EU auch in der Außenpolitik und daher eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungsverfahren. Einstimmigkeit unter 28 Mitgliedstaaten zu verlangen lähmt die EU und birgt Erpressungspotential, das teilweise von nationalistischen Regierungen genutzt wird. Solange es noch keine voll ausgebildeten demokratischen EU-Entscheidungsorgane gibt, für die wir uns einsetzen, brauchen wir zumindest Mehrheitsentscheidungen der Mitgliedstaaten.

34.) Asylsuchende sollen in der EU proportional auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden.

Ja

Europa braucht ein faires Verteilungskonzept, um einzelne Staaten nicht mit der Integration einer großen Zahl von Asylsuchenden allein zu lassen. Staaten, die zu wenige Asylsuchende aufnehmen, müssen einen kostendeckenden Ausgleich an die Aufnahmestaaten bezahlen. Bei der Entscheidung, welcher Staat Asylsuchende aufnimmt, müssen die Interessen der Asylsuchenden berücksichtigt werden, beispielsweise zur Familienzusammenführung. Im nächsten Schritt sollten positive Asylentscheidungen innerhalb der EU wechselseitig anerkannt werden, sodass sich Menschen mit sicherem Aufenthaltsstatus frei in Europa bewegen und niederlassen können.

35.) Die Fangmengen für die europäische Fischerei sollen stärker begrenzt werden.

Ja

Demokratie in Europa – DiEM25 fordert eine "blaue Wende" zum Schutz unserer Ozeane und Meere vor Ausbeutung und Vermüllung. Ein Schritt auf diesem Weg ist eine strengere Gesetzgebung für nachhaltigen Fischfang, sowie eine bessere Überwachung der Fischbestände und Wasserqualität. Mehr Mittel aus dem EU-Haushalt müssen in nachhaltige, kleinere Fischereibetriebe investiert werden.

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)

36.) Es sollen wieder dauerhafte Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU stattfinden.

Nein

Die freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein Eckpfeiler der Europäischen Union. Grenzkontrollen im Schengen-Raum sind unzulässig und müssen beendet werden. Langfristig sollten Grenzkontrollen überall in der EU und schließlich auch an den Außengrenzen abgeschafft werden, sofern der angrenzende Staat demokratische Mindestanforderungen erfüllt.

37.) Die EU soll sich langfristig zu einem europäischen Bundesstaat entwickeln.

Ja

Wir wollen die EU demokratisieren. Dafür brauchen wir eine demokratische verfassungsgebende Versammlung durch die sich die europäischen Bürger*innen endlich selbst eine Verfassung geben. Zwar ist es für eine solche Demokratisierung der EU nicht entscheidend ob die EU bundesstaatlich verfasst ist, oder ob sie ein Staatenverbund bleibt, wie jetzt. Langfristig ist ein echter europäischer Bundesstaat unseren Zielen jedoch näher, als eine EU die nur begrenzte Einzelkompetenzen hat.

38.) Jugendliche sollen ab 16 Jahren bei der Europawahl wählen dürfen.

Ja

Demokratie in Europa unterstützt das Wahlrecht von Menschen ab 16, denn es hilft Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu fördern. Die Menschen in der Europäischen Union werden immer älter und der Anteil der Jugendlichen sinkt. So bestimmen viele ältere Menschen über die Zukunft der Jüngeren, ohne dass diese ein Mitspracherecht haben. Das ist ungerecht, was sich insbesondere an der gegenwärtigen verantwortungslosen Klimaschutzpolitik zeigt.

Und [hier](https://deineuropa.jetzt/uploads/programmeDE.pdf) der Link zum **Wahlprogramm**: <https://deineuropa.jetzt/uploads/programmeDE.pdf>

KONTAKT:

presse@deineuropa.jetzt

VERBESSERUNGSIDEEN:

programm@deineuropa.jetzt

BLEIB INFORMIERT

 deineuropa.jetzt

 [@deineuropa](https://twitter.com/deineuropa)

 [demokratieineuropa](https://facebook.com/demokratieineuropa)